



## Niedriglohnsektor endlich den Kampf ansagen

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 30. Juni 2016

**"Noch immer sind 1,1 Millionen abhängig Beschäftigte auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen. Eine Erhöhung des Mindestlohns um nur 34 Cent ist enttäuschend und hilft den vielen Niedriglohnbezieher\*innen kaum aus der Armut heraus", erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. "Die Blockadehaltung der Arbeitgeber ist beschämend. Insbesondere kann mit dieser Höhe des Mindestlohns Altersarmut nicht verhindert werden. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von zwölf Euro die Stunde, ohne Ausnahmen. Dem Niedriglohnsektor muss der Kampf angesagt werden. Dazu gehört auch, systematische Niedriglohnbeschäftigung in Form von Leiharbeit oder über Werkverträge endlich zu unterbinden und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen." Zimmermann weiter:**

"Die Bundesregierung wollte einen besonderen

Schwerpunkt beim Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit setzen. Doch seit Jahren gibt es keinen spürbaren Rückgang, trotz guter Konjunktur. Langzeiterwerbslose werden einfach abgeschrieben und nur noch verwaltet. Das ist unchristlich und unsozial. In vielen Regionen gibt es nicht genügend Arbeitsplätze, das ist auch noch immer die Realität, vor der CDU und SPD die Augen verschließen. Wir brauchen endlich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, um Perspektiven zu schaffen und wichtige gesellschaftliche Aufgaben anzugehen, die schon viel zu lange brachliegen."